



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 6. Sitzung des Seniorenbeirates (S/006/2020)**

**am Dienstag, 30. Juni 2020,**

**09:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 09:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 13:25 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender  
Klaus Rentsch

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tanja Schewe abwesend: 9:00 Uhr - 9:15 Uhr  
Dr. Rainer Kempe abwesend: 11:50 Uhr bis 13:25 Uhr  
Dr. Peter Müller  
Siegfried Müßig  
Eberhard Mittag

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig  
Jürgen Eckoldt  
Monika Fiedler  
Dr. Sieglinde Hauße  
Gertraud Kasten  
Gabriele Lohse  
Waldemar Peine  
Dr. med. Rotraut Sawatzki  
Elfi Wagner

**Abwesend:**

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Heiko Müller  
Wolfgang Krusch

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Klaus Kummer  
Dr.-Ing. Stefan Ritter

**Verwaltung:**

Frau Scharf Beauftragte für Menschen m. Behinderungen u. Senioren  
Frau Dr. Darmstadt Gesundheitsamt  
Frau Lohse Sozialamt  
Herr Dr. Winterfeld Amt für Kultur und Denkmalschutz

**Gäste:**

Herr Prof. Peschel	Sächsisches Ministerium für Soziales
Frau Liebe	Dresdner Pflege- u. Betreuungsverein e. V.
Frau Kretzschmar	Dresdner Pflege- u. Betreuungsverein e. V.
Frau Osiander	Stadträtin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Seiler-Wenzel	Sigus e. V.
Herr Schmidt	Gorbitzfunk, MKZ-SAEK
Herr Stumptner	MDR Sachsenradio
Herr Dudeck	Runder Tisch der Senioren

**Schriftführer/-in:**

Frau Kinscher	Stadtratsangelegenheiten
---------------	--------------------------

**T A G E S O R D N U N G****öffentlich**

- 1** Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen
- 2** Kontrolle der Festlegungen
- 3** Corona-Auswirkungen auf Seniorenheime der Landeshauptstadt Dresden
- 4** Vorstellung der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtages
- 5** Gerontopsychiatrische Versorgung in der Landeshauptstadt Dresden
- 6** Wohnen und Pflege im sozialen Raum
- 7** Vorlagen
- 7.1** Kulturentwicklungsplan der Landeshauptstadt Dresden 2020
- 8** Informationen/Sonstiges

**V0257/20  
beratend**

**öffentlich****Einleitung:**

**Herr Rentsch** begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er informiert über die Tagesordnungspunkte und die eingeladenen Berichterstatter. TOP 6 entfällt, da keine Vertretung aus dem Geschäftsbereich anwesend sei.

**Herr Dr. Müller** meint, dass in der letzten Sitzung Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann zugesagt hätte, einen Bericht zur aktuellen Lage (Corona) vorzutragen. Er fragt, ob das erfolgen wird.

**Herr Rentsch** berichtet, dass Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann ihre Teilnahme abgesagt hätte.

Weiter fragt **Herr Dr. Müller**, ob Frau **Lohse, Sozialamt**, dazu etwas ausführen könnte.

Selbstverständlich könne **Frau Lohse, Sozialamt**, zum Tagesordnungspunkt 3 etwas sagen und auch noch zur geförderten Seniorenbegegnung und beratung.

**Herr Dr. Müller** bittet um schriftliche Zuarbeit zum Thema „Seniorenbelange in Coronazeiten“.

Der Hinweis wird von **Herrn Rentsch** aufgenommen, es soll diesbezüglich ein Gespräch mit Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann geführt werden.

Vorab gibt er zu TOP „Sonstiges/Informationen“ bekannt, dass der Oberbürgermeister eventuell an der Sitzung am 7. Dezember 2020 teilnehmen wird.

Er bringt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Mitglieder stimmen einstimmig (14:0:0) zu.

**1        Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen**

Keine.

**2        Kontrolle der Festlegungen**

Keine.

### 3 Corona-Auswirkungen auf Seniorenheime der Landeshauptstadt Dresden

**Frau Lohse, Amt 50**, berichtet, dass man sich mit der Cultus gGmbH als Träger stationärer Pflegeeinrichtungen abgestimmt hätte. Am 3. Juli 2020 würde die Steuerungsgruppe des Pflegenetzes Dresden erstmals nach Corona wieder tagen. Es sei klar, dass sich mit Corona sehr viel geändert hätte. Von Seiten der Cultus gGmbH sei relativ zeitig eine Kommunikation aufgebaut worden und sie informiert u. a. über die Reduzierung der Tagespflegeangebote, vollständige Schließung, Zutritts- und Besuchsbeschränkung usw. Die Cultus gGmbH hätte aber immer den Zutritt für Angehörige und Bezugspersonen zu Menschen, die sich in lebenskritischen Situationen befanden, aufrechterhalten. Schwierig sei die Versorgung durch externe Dienstleister in dieser Zeit gewesen, wurde jedoch abgesichert. Es hätte u. a. Telefonsprechzeiten gegeben, Sicht- und Winkbalkone, Besucherpavillon, Sorgentelefon eingerichtet. Die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt sei sehr strukturiert und hilfreich gewesen. Sie informiert über den aktuellen Stand (vom 24. Juni 2020) u. a. zu einrichtungsspezifischen Besuchskonzepten, festen Hygieneregeln, Koordinierung von Besuchsterminen, Besuchsmöglichkeiten in den Außenanlagen, Personalnotstandskonzept, Wiederöffnung der Tages- und Kurzzeitpflege. Resümee und Ausblick aus der Sicht der Cultus gGmbH seien u. a. Schutzausrüstungen vorzuhalten, tägliches Monitoring durchzuführen, um Krankheitssymptome zu erkennen, soziale Kontakte erhalten, Fortbildung des Fach- und Unterstützungspersonals und die Kooperation zwischen Besucher und Besuchenden. Die Pflegenetzkoordinatorin in der Landeshauptstadt Dresden hätte in diesen Coronazeiten sehr unterstützt. Sie informiert über den Newsletter des Gesundheitsamtes und die Drive-in-Teststrecke. Sie könne keine Angaben machen, wie viele Fälle Corona es in den Pflegeeinrichtungen gegeben hätte. Das Pflegenetz Dresden soll dichter ausgebaut und die Kommunikation nochmals überprüft werden. Sie berichtet zur geförderten Seniorenberatung und -begegnung. Es seien Dinge entstanden, die man sich hätte vor der Pandemie nicht vorstellen können, z. B. die Nutzung der modernen Smartphonetechnik. Der Plan sei, die Ergebnisse mit den geförderten Einrichtungen zusammen auszuwerten und im September 2020 würde das nächste Fachgespräch stattfinden. Weiterhin informiert sie über den Entwurf des Aufrufes „Aus der Coronapandemie lernen“ des Runden Tisches der Senioren, Vorruheständler und Behinderte der Stadt Dresden.

**Frau Dr. Sawatzki** findet das Verhalten der Cultus gGmbH sehr positiv. Die Digitalisierung sei vor Corona bereits ein Thema gewesen und erinnert an den 8. Altersbericht. Ein Positionspapier sei erarbeitet worden (von der BAGSO) zur Digitalisierung in allen Senioren- und Pflegeheimen.

Um Information über die Ergebnisse der Steuerungsgruppe des Pflegenetzes Dresden am 3. Juli 2020 bittet **Herr Dr. Müller** sowie um Darlegung, wie sich bemüht wurde, auch Ältere, ihre Angehörige und Helfer mit einzubeziehen sowie der strukturellen Probleme und die unabhängigen Anlaufstellen. Es müsse über Innovationen in der Pflege nachgedacht und gemeinsam auf den Weg gebracht werden. Er schlägt ein Werkstattgespräch im Herbst 2020 vor.

**Frau Lohse, Amt 50**, nimmt die Hinweise auf und sagt die Rückmeldung aus der Steuerungsgruppe zu.

Konkret interessiere **Herrn Mittag**, wie zukünftig Engpässe in der Versorgung mit Masken, Desinfektionsmitteln usw. vermieden werden können.

Da gebe es noch keine Lösung, die präsentiert werden könnte, so **Frau Lohse, Amt 50**.

Denkbar wäre doch eine Mindestbevorratung pro Einrichtung auf 14 Tage oder drei Wochen zu erhöhen, ergänzt **Herr Mittag**.

Momentan liege es in der Eigenverantwortung des jeweiligen Einrichtungsträgers, entgegnet **Frau Lohse, Amt 50**.

**Frau Fiedler** schlägt vor, z. B. die Technischen Hilfswerke mit einzubeziehen und die Erarbeitung eines Konzeptes.

**Frau Dr. Darmstadt** möchte zu den Ausführungen von Frau Lohse ergänzen. Sechs Einrichtungen seien von Corona betroffen gewesen, es gab aber keine größeren Ausbrüche. Die Tests vor Aufnahme in eine Pflegeeinrichtung seien nicht vorgesehen, da die epidemiologische Lage so gering ist. Die Gesundheitsämter sind sehr gegen das anlasslose Freitesten und man wolle sich auch weiterhin dafür einsetzen, solange es nicht erforderlich ist.

Die Mitglieder bitten um eine Pause.

10 Minuten Pause.

#### **4 Vorstellung der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Sächsischen Landtages**

**Herr Prof. Peschel** informiert, dass ab 1. Juli 2020 Frau Schifferdecker im Ministerium das Thema „Seniorenpolitik“ übernehmen wird. Sie würde sich noch zu gegebener Zeit vorstellen.

Er berichtet über die Enquete-Kommission „Pflege“ des Landtages. Somit wäre im eigentlichen Sinne der Landtag gefordert zu sagen, was er mit den Ergebnissen macht. In diesem Bericht gebe es über 340 Handlungsempfehlungen. Das stehe immer in der Wechselwirkung mit den Themen, die vom Bund kommen und er erörtert ausführlich. Ein Punkt aus der Enquete-Kommission, der letztes Jahr bereits vorgestellt worden ist, sei das Pflegepaket. Hier seien erste 10 Handlungsschwerpunkte benannt worden, wie z. B. Finanzierung der Pflege, Pflegekräfte tariflich entlohnen, Beschäftigte in der Pflege, Bürokratieabbau, Dialoge fortsetzen. Des Weiteren informiert er über die Imagekampagne für Pflegeberufe, das Sächsische Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz, Stärkung der Interessensvertretung der Senioren, die Woche der pflegenden Angehörigen, Demenz, Fachkräfte in den Pflegeheimen, niedrigschwellige Angebote, Fachservicestelle und Pflegenetzkoordinatoren. Aus seiner Sicht sei enttäuschend gewesen, dass nicht dargestellt worden sei, was von den Handlungsempfehlungen bereits umgesetzt worden ist. Der Staatsregierung sei hier nochmals deutlich geworden, dass diese Handlungsvorschläge und die Vielzahl ein kontinuierlicher Prozess und sehr umfassend seien, d. h. es soll interministeriell aufgegriffen/vertieft werden und das Sozialministerium sei federführend.

**Herr Rentsch** dankt für die Ausführungen. Des Weiteren weist er darauf hin, dass Herr Strumptoner vom mdr-Sachsenradio zugegen ist.

Zu den Ausführungen von Herrn Professor Peschel liegen **Herrn Rentsch** zwei Probleme sehr am Herzen, einmal die Heimbeiräte in den Pflegeeinrichtungen. Hier müsste nachgesteuert werden und man müsse präsent sein. Außerdem sei ein weiteres Problem die Parkmöglichkeiten für die Pflegedienste. Das sei ein Bundesthema. Auch hier müssten die Wege so kurz wie möglich sein.

**Herr Prof. Peschel** äußert zu den Heimbeiräten, dass die Problemlagen vor Ort im direkten Gespräch zwischen der Leitung und den Heimbeiräten besprochen und hoffentlich gelöst werden. Beispielsweise gebe es die Bundesinteressensvertretung für ältere und pflegebedürftige Menschen, wo auch Rechtsberatung eingeholt werden könne. Dem Ministerium fehlen hier die Grundlagen, an entsprechender Stelle einzugreifen. Bei schwerwiegenden Dingen könne sich an die Heimaufsicht beim kommunalen Sozialverband sowie die jeweilige Pflegekasse gewandt werden. Hierauf könne nur verwiesen werden. Es wäre sicher ein Thema, wo man mit der Heimaufsicht ins Gespräch kommen könnte, wie mit den Problemlagen umgegangen wird. Die Parkmöglichkeiten für Pflegedienste sei ein Thema des Bundes, weil es die Straßenverkehrsordnung tangiert. Hierzu laufen noch Diskussionen, könne aber sicher keiner schnellen Lösung zugeführt werden. Das wäre sicher auch ein Thema für Quartiersentwicklung.

**Herr Dr. Müller** vermutet, das Thema „Heimbeiräte“ sei sicher nicht das wichtigste Thema. Interessensvertretung, die Einbeziehung von Angehörigen und von freiwillig Engagierten gehöre hier mit hinein und sei sehr wichtig. Die Bündelung der Informationen erfolgt über die Fachstelle und er bittet nochmals um Ausführungen zu den Aufgaben dieser Fachstelle und ob diese tatsächlich zur AWO gehöre.

Die Fachstelle gehört zur Volkssolidarität, antwortet **Herr Prof. Peschel**. Diese Fachservicestelle hätte bei der Vernetzung/Beratung/Handling für Alltagsbegleiter und Nachbarschaftshelfer eine unterstützende Funktion. Die Aufgabenbeschreibung wolle er den Mitgliedern im Nachgang zukommen lassen.

**Frau Scharf** findet das Thema „Heimbeiräte“ auch ganz wichtig und fragt nach, ob die Beiräte vernetzt sind. Des Weiteren interessiere sie, ob geprüft worden sei, ob bei Konfliktfällen eine unabhängige Stelle bei der Landesseniorenbeauftragten in einer Art „Clearingstelle“ an einer neutralen Stelle eingerichtet werden könnte. Der KSV z. B. sei Kostenträger. Zum Thema „Digitalisierung“ wäre die Liste, inwieweit die Digitalisierung umgesetzt sei, sehr spannend. Der Fokus sei die Digitalisierung nicht nur für die Fachkräfte oder Pflegeeinrichtungen, sondern natürlich auch für die Seniorinnen/Senioren selbst.

Das Thema „Heimbeiräte und Vernetzung“ sei **Herrn Prof. Peschel** so nicht bekannt. Im Prinzip würde er es aber dort verorten, müsste jedoch im Detail nachfragen, würde ihn jedoch überraschen, wenn es so wäre. Durch die Gesetzesregelung hätte das Ministerium nur die Aufsichtsfunktion über die Pflegekassen, die das Land betrifft (AOK plus). Die Heimaufsicht beim KSV sei vorrangig zuständig für die stationären Pflegeeinrichtungen. Im ambulanten Bereich gebe es faktisch keine gesetzliche Grundlage, um tätig werden zu können. Nach aktueller Lage müssten hier die Betroffenen bzw. die Angehörigen selbst tätig werden. Diese Situation sei nicht befriedigend. Zum Thema „Clearingstelle“ sagt er aus, müsste geprüft werden, ob hier ein Duplizieren dieses Verfahrens sinnvoll wäre. Während der Coronapandemie sei intern eine Arbeitsgruppe mit den Verbänden der Einrichtungen gegründet worden, um sich auszutauschen. Insofern sei der KSV im Bereich Pflege nicht wirklich der Kostenträger, von daher neutral, der auf die Über-

wachung der Regeln schaut. An dem Thema „Digitalisierung in der Pflege“ würde gearbeitet. Er erläutert am Projekt Märkisches Viertel in Berlin.

**Herr Mittag** steht auch voll hinter der Digitalisierung und hinterfragt, was mit den Seniorinnen und Senioren, die sich das finanziell nicht leisten können oder dort nicht mehr „ankommen“.

**Herr Prof. Peschel** sei ganz zuversichtlich, dass das gut gestaltet werden könne. Der Verband der sächsischen Wohnungsbaugenossenschaften treibe viel voran und im Zuge dessen gebe es ein Projekt in Burgstädt und er erläutere.

Um die explodierenden Kosten der Eigenanteile in den Pflegeheimen geht es **Frau Böhmig**. Es könne nicht sein, dass jährlich die Eigenanteile in den Pflegeheimen massiv erhöht werden. Hier fehlen ihres Erachtens einige gesetzliche Rahmenbestimmungen.

Das Problem sei erkannt und es gebe da bereits Überlegungen, erörtert **Herr Prof. Peschel**. Aktuell fehlen die Dynamisierung der Pflegekosten und eine gute Preisfindung. Die Preise würden in Verhandlungen zwischen den Kostenträgern und den Leistungserbringern gemacht. In diesem Prozess hätte man in der aktuellen Gesetzeslage keinen Einfluss. Das würde aktuell diskutiert, wie mit diesem Problem umgegangen werden kann und wie man gute tragfähige Lösungen finden könne, ohne in bestimmte Rechte (z. B. privater Träger) einzugreifen.

**Herr Rentsch** dankt Herrn Prof. Peschel und schlägt vor, die Diskussion im nächsten Jahr fortzuführen. Auch mit Frau Schifferdecker wolle man ins Gespräch kommen.

## 5 Gerontopsychiatrische Versorgung in der Landeshauptstadt Dresden

**Frau Dr. Darmstadt** berichtet anhand einer Präsentation, die den Mitgliedern übergeben werden soll.

**Herr Dr. Müller** fragt zum Thema „Demenz“, ob man in Verbindung mit Stadtplanern stehe. Welche Lösungen gebe es, die Stadtteile so zu gestalten, dass sich Menschen mit Demenz zu-rechtfinden können.

Das Gesundheitsamt würde bei größeren Stadtteilprojekten immer mit angefragt, antwortet **Frau Dr. Darmstadt**, auch beim INSEK, aber es sei nicht die Priorität.

Es müsste aber Alltag werden, so **Herr Dr. Müller**, den Nutzer bzw. den Nutzer mit Einschränkungen verstärkt mit einzubeziehen.

**Herr Rentsch** meint, er hätte völlig recht und er schlägt vor, das mit aufzunehmen, wenn ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden wieder stattfinden wird. Der Seniorenbeirat und auch der Beirat für Menschen mit Behinderungen seien in die Vorlagen mit einzubeziehen.

Den Bedarf greift **Frau Scharf** auf und bemüht sich, dazu beizutragen.

**Herr Mittag** hinterfragt, wie viel Prozent der über Sechzigjährigen von Demenz betroffen seien.



Da könne nur von Studien ausgegangen werden, antwortet **Frau Dr. Darmstadt**. Bei über Sechzigjährigen sei man eventuell bei vier bis fünf Prozent, steigt jedoch mit zunehmenden Alter auf 60 bis 70 Prozent. Gerontopsychiatrie sei nicht nur Demenz, sondern auch depressive Erkrankungen im Alter.

Frau Dr. Darmstadt hätte informiert, dass in den Kontakt- und Beratungsstellen eine Überalterung stattfindet, meint **Frau Wagner**. Sie hinterfragt, wie dieses Problem in Zukunft gelöst werden könne. Weiterhin möchte sie wissen, inwiefern solche Dinge, die sich dort entwickeln und wo man eventuell konzeptionell einschreiten müsse, in den Altenhilfeplan integriert werden.

**Frau Dr. Darmstadt** antwortet, man sei mit dem Sozialamt eng vernetzt. In den Kontakt- und Beratungsstellen müssen sicher Prioritäten gesetzt werden, Erweiterungen in größerem Stil würde es voraussichtlich nicht geben. Es werde z. B. versucht, zum Teil zu den Seniorenbegegnungsangeboten überzuleiten und den Spagat weiter aufrecht zu erhalten. Sie hätte die Hoffnung, dass die Vernetzung zwischen jüngeren und älteren psychisch Kranken im Sinne von Selbsthilfe helfen könne, die Kapazitätsprobleme zu lösen.

Ist es möglich, über das Ehrenamt Hilfskräfte einzustellen und fachlich einzuarbeiten, möchte **Frau Lohse** wissen?

Das wird bereits genutzt, entgegnet **Frau Dr. Darmstadt**. Ehrenamtliche in den Beratungsstellen seien bereits da und in jeder Beratungsstelle gebe es die Möglichkeit, auf 450 Euro-Basis eine Person mit ex-in-Ausbildung einzustellen.

**Herr Dr. Müller** meint, ob es nicht denkbar sei, dass Personen, die heute für einen Träger professionell arbeiten, morgen die ehrenamtlichen Helfer sein könnten. Sie würden die Expertise aus der Berufserfahrung mitbringen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und der TOP wird beendet.

## 6 Wohnen und Pflege im sozialen Raum

Entfällt.

## 7 Vorlagen

### 7.1 Kulturentwicklungsplan der Landeshauptstadt Dresden 2020

V0257/20  
beratend

**Herr Dr. Winterfeld** bringt die Vorlage anhand einer Präsentation ein. Er geht auf die Anregungen von Herrn Dr. Müller ein, die er im Vorfeld zugeschickt hatte (Mail vom 22. Juni 2020).

**Herr Peine** fragt, ob dieser Kulturentwicklungsplan tatsächlich Orientierung sei, genug Hilfe gibt und tatsächlich die Möglichkeit der Ableitungen für Gruppen, Interessenten verschiedener Be-

reiche in Kunst und Kultur gebe. Mit der Formulierung „Gesellschaftswandel gestalten“ sei zu hoch gegriffen worden, er hätte „begleiten“ formuliert. Er sei sich auch nicht sicher, welcher Inhalt mit dem Begriff „Gesellschaftswandel“ verbunden wird. Fehlen würde der Begriff der Tatsache, dass Kunst und Kultur durch Kommerzialisierung stark eingeengt wird. Der Kulturentwicklungsplan aus dem Jahr 2007 sei kritischer und deutlicher gewesen. Er geht auf die Chöre ein, die hier ganz abgeschwächt dargestellt würden, auch auf Seite 69 müssten deutlichere Formulierungen kommen. Er regt an, Projektstage z. B. „Singen im Alter“ in Dresden einzuführen.

**Herr Rentsch** weist nochmals darauf hin, dass Änderungswünsche schriftlich eingereicht werden müssten.

**Frau Dr. Sawatzki** stellt den Antrag auf eine punktweise Abstimmung des Beschlussvorschlages zum Kulturentwicklungsplan.

**Herr Dudeck** geht kurz auf das Thema „Inklusion“ ein. Bei den Seniorenchören hätte er den Eindruck, dass es an Fördermitteln fehle. Außerdem erwähnt er, dass die Schriftanzeige im Musiktheater (Oper, Operette) nicht in Deutsch erscheine, was für Hörgeschädigte sinnvoll wäre. Auch sollten die Schriftanzeigen überall eingerichtet werden.

Den Kulturentwicklungsplan findet **Frau Böhmig** sehr positiv und eine gute Grundlage. Allerdings fehle auch ihr einiges inhaltlich. Ergänzen möchte sie auch, dass auch gerade das Dixielandfestival mit eingearbeitet werden müsse.

**Herr Dr. Winterfeld** bringt zum Ausdruck, dass eine ganze Menge nicht enthalten sei. Das Beispiel Dixieland sei natürlich anerkannt und würde gefördert. Der Schwerpunkt sei jedoch eher auf das künftig Neue gelegt worden. Sehr wichtig findet er das Stichwort „Kommerzialisierung“. Das sei so nicht enthalten, aber der Kern der städtischen Kulturpolitik sei das Nicht-Kommerzielle.

**Herr Dr. Müller** ist während dieser Diskussion in Zweifel gekommen, wozu dieser Plan eigentlich gebraucht würde. Für ihn entwickelt sich Kultur in der täglichen Kooperation mit verschiedenen Partnern, dazu bräuchte man keinen Plan. Er hätte auch Probleme, wie damit umgegangen wird und erwartet, die Hinweise und Anregungen ernst zu nehmen. Seniorinnen und Senioren fänden hier kaum Beachtung, auch nicht bei der Erinnerungskultur und er erläutert ausführlich.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Rentsch** informiert nochmals über den Vorschlag von Frau Dr. Sawatzki (punktweise Abstimmung). Er schlägt jedoch vor, den Vorschlag so zu belassen.

**Frau Dr. Sawatzki** geht es einfach um die Zustimmung oder die Ablehnung des Kulturentwicklungsplanes. Weiterhin sagt sie aus, dass im Punkt 3 des Beschlussvorschlages das Datum, 30. September 2020, nicht machbar sei. Sie würde den Kulturentwicklungsplan ablehnen, wenn keine punktweise Abstimmung erfolgt.

**Herr Dr. Winterfeld** erörtert dazu nochmals.

Um punktweise Abstimmung bittet **Herr Rentsch**.

Persönlich ablehnen möchte **Herr Peine** den Kulturentwicklungsplan, da dieser kaum verbessert werden könne.

Über die Fraktionen bzw. den Ausschuss für Kultur und Tourismus gebe es die Möglichkeit, die Meinung einzubringen, so **Herr Rentsch**.

**Herr Dr. Winterfeld** sagt aus, man sei genau in der Phase, Änderungen noch aufzunehmen und dies würde auch getan.

**Frau Dr. Sawatzki** sei die ganze Sache sehr unklar, wie das laufen soll. Unbedingt sollte auch in dem angeforderten Konzept des Beschlusses eine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen werden.

**Frau Böhmig, Frau Dr. Sawatzki, Frau Dr. Hauffe, Herr Dr. Müller, Herr Müßig und Herr Rentsch** diskutieren über die Vorgehensweise der Abstimmung.

Die Mitglieder stimmen punktweise ab.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt den Kulturentwicklungsplan der Landeshauptstadt Dresden 2020 als Grundlage für künftig zu treffende Entscheidungen. Alle im Kulturentwicklungsplan benannten Maßnahmen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf Grundlage der in den jeweiligen Haushaltsjahren beschlossenen Haushaltssatzung umgesetzt.

**Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat einmal jährlich – jeweils im III. Quartal – über die Ergebnisse und ggf. Probleme bei der Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes der Landeshauptstadt Dresden zu berichten.

**Abstimmung: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

3. Der Oberbürgermeister wird mit der Erarbeitung einer Konzeption für die kulturelle Bildung beauftragt, die die allgemeinen und für Dresden spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigt. Ein wichtiger Bezugspunkt dafür soll das „Landesweite Konzept Kulturelle Kinder- und Jugendbildung für den Freistaat Sachsen“ sein. Die Konzeption ist dem Stadtrat bis 30. September 2020 vorzulegen.

**Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen**

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage Rahmenrichtlinie der Landeshauptstadt Dresden und auf Basis der Informationsvorlage „Fair in Dresden“ die geltenden Förderrichtlinien zur Kommunalen Kulturförderung zu überarbeiten und dem Stadtrat bis zum 31.12.2020 zum Beschluss vorzulegen.

**Abstimmung: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**

5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Beschlüsse des Stadtrates zum Klimaschutz, ein Konzept für Nachhaltigkeit in den Kultureinrichtungen der Landeshauptstadt Dresden zu erarbeiten.

**Abstimmung: 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**

**Abstimmungsergebnis:**

punktweise Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Insgesamt wurde der so geänderte Beschlussvorschlag mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung abgestimmt.

Abschließend interessiere **Herr Rentsch** die Frage, wie die Meinung von Herrn Prof. Güttler zum Kulturentwicklungsplan sei.

Das ist **Herrn Dr. Winterfeld** nicht bekannt.

Der Tagesordnungspunkt wird beendet.

## **8 Informationen/Sonstiges**

**Herr Dr. Müller** kritisiert, dass zu TOP 6 „Wohnen und Pflege im sozialen Raum“ kein Vertreter aus dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften (GB 6) anwesend sei. Das sei ein wichtiges Querschnittsthema.

**Herr Rentsch** informiert über die eingegangene Mail von GB 6 zu diesem Thema, in der GB 6 um Konkretisierung bittet bzw. die Federführung an den Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen übergibt.

**Herr Dr. Müller** schlägt vor, auf die Mail in der AG Wohnen/Wohnberatung zu antworten.

Weiterhin berichtet **Herr Rentsch** über eine Anfrage einer Praktikantin aus Johannstadt mit der Bitte um ein Gespräch mit einem Seniorenbeiratsmitglied und bittet um Erledigung.

**Herr Dudeck und Herr Mittag** nehmen sich der Problematik an.

Zum Thema „Pflegedienst - Buurtzorg“ (Modell aus den Niederlanden) schlägt **Herr Dr. Müller** vor, ein Werkstattgespräch im Herbst 2020 zu organisieren und Mittel aus dem Budget des Seniorenbeirates dafür zu verwenden.

Das einzige Problem sei sicher die finanzielle Seite, so **Herr Rentsch**.

Der Koalitionsvertrag des Landes 2019 – 2024 beinhalte, dass das Modell in Sachsen eingeführt werden soll, erwidert **Frau Dr. Sawatzki**. Sie sei momentan dabei zu klären, ob eventuell eine Förderung besteht. Das Thema „Wohnen und Pflege im sozialen Raum“ müsse dringend in den nächsten Beratungen nachgeholt werden.

Dazu wolle **Herr Rentsch** Kontakt mit Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann aufnehmen, wie das Problem gelöst werden könne.

Weiterhin informiert Frau Dr. Sawatzki über folgende Termine:

- 26. August 2020 - Seminar der LandesSeniorenVertretung für Sachsen im Sozialministerium zum Thema „Digitalisierung und Teilhabe im Alter“  
(Bei Interesse bitte Frau Dr. Sawatzki melden),
- 23. September 2020, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr - Fachtag „Kommunalpolitik im Miteinander der Generationen“
- 20. Oktober 2020 - 22. Oktober 2020 - Fortbildungsveranstaltung in Meißen in der Fachhochschule für Verwaltung (3 Tage).

**Frau Scharf** ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Müller, sie würde sich mit Frau Dr. Sawatzki kurzschließen und in Erfahrung bringen, welche Kosten entstehen (Werkstattgespräch).

Abschließend äußert **Herr Dr. Müller**, der Seniorenbeirat müsse hier als Veranstalter oder Moderator aktiv werden.

**Herr Rentsch** bittet die Mitglieder, für/gegen das Projekt abzustimmen.

Die Mitglieder stimmen mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung zu.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, **Herr Rentsch** bedankt sich und schließt die Sitzung.

Klaus Rentsch  
Vorsitzender

Kerstin Kinscher  
Schriftführerin

Dr. Sieglinde Hauffe  
Mitglied

Dr. Rotraut Sawatzki  
Mitglied